

Große Koalition will Probebohrungen für Fracking zulassen

Gesetzentwurf / Grüne: „Zick-Zack-Kurs“

BERLIN. Eine großindustrielle Förderung von Schiefergas wird es nach dem Willen der Bundesregierung bis zum Jahr 2021 nicht geben. Nach Informationen unserer Berliner Redaktion wird in einem Gesetzentwurf erwogen, höchstens ein oder zwei Pilotprojekte in Deutschland zuzulassen, um Probebohrungen durchzuführen. Untersagt werden soll die Gasförderung mittels Fracking aus bis zu 3000 Metern Tiefe. Dazu sind Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz vorgesehen.

Das sogenannte konventionelle Fracking in Sandstein, wie es in Niedersachsen seit Jahrzehnten betrieben wird, werde nicht verboten, wurde unserer Berliner Redaktion in Koalitionskreisen bestätigt. Der Gesetzentwurf soll in Kürze vorgestellt werden, hieß es. In einem im Juli veröffentlichten Eckpunktepapier von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Umwelt-

ministerin Barbara Hendricks (beide SPD) heißt es: „Eine Gefahr für die öffentliche Wasserversorgung werden wir darüber hinaus ausschließen, indem Fracking jeglicher Art in Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten, Einzugsbereichen von Talsperrern und Seen, die unmittelbar der Trinkwassergewinnung dienen, untersagt wird.“

Der SPD-Umweltexperte Frank Schwabe bezeichnete die Pläne als weitreichend. „Mit dem Gesetz tragen wir den Befürchtungen in NRW und in anderen Teilen Deutschlands Rechnung“, sagte Schwabe gestern unserer Berliner Redaktion. „Fracking im US-amerikanischen Stil wird es bei uns bis mindestens 2021 nicht geben. Diese Zeit sollten wir nutzen, um Chancen und Risiken abzuwägen“, sagte der Bundestagsabgeordnete aus Castrop-Rauxel.

Julia Verlinden, energiepolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, warf der Bundesregierung einen „Zick-Zack-Kurs“ beim Fracking vor. „Worte und Taten klaffen bei der Bundesregierung weit auseinander. Mit den vorgesehenen Regelungen schafft die Regierung ein Einfallstor für die Risiko-Technologie.“ *RB/nick*

ANZEIGE

Wem können Sie
als Unternehmer
uneingeschränkt
vertrauen



www.datev.de/steuerberater